Krakauer Zeitung.

Nr. 32. Freitag, den 8. Februar **1861.**

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung $3^1/_2$ Nkr.; Stämpelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung". Zusendungen werden franco erbeten.

V. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Die Staatsschulden-Commission hat an Se. k. k. Apostolische Majestät einen allerunterthänigsten Vortrag über die Angelegenheiten des Staatsschuldenwesens des mit 30. April 1860 geschlossenen ersten Semesters 1860 erstattet, welcher in Gemäßheit des §. 11 des Allerhöchsten Patentes vom 23. Dezember 1859 hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Allerunterthänigster Vortrag

der treugehorsamsten Staatsschulden-Commission de dato 20. Dezember 1860, Z. 138, über die Angelegenheiten des Staatsschuldenwesens des mit 30. April 1860 geschlossenen ersten Semesters 1860.

Euer Majestät!

Die Direction der Staatsschuld hat in Befolgung der im §. 11 des Allerhöchsten Patentes vom 23. Dezember 1859 enthaltenen Anordnungen mit Bericht de dato 20. August 1860 die anruhenden Nachweisungen über den nach ihren Büchern sich mit Schluß des ersten Semesters 1860 ergebenen Stand der von ihr in Evidenz gehaltenen Schuldgattungen an die treugehorsamste Staatsschulden-Commission überreicht.

Zur Prüfung dieser Nachweisungen und zur Ermittlung der übrigen darin nicht aufgenommenen Passiven wurden durch diese Commission von den betreffenden Staats- und ständischen Buchhaltungen Ausweise über die im Stande der gesammten Staatsschuld seit 31. October 1859 bis Ende April 1860 eingetretenen Veränderungen eingeholt und eindringlich geprüft.

Auf Grundlage dieser Erhebungen wurde die ehrerbietigst angeschlossene Zusammenstellung der gesammten Staatsschuld verfaßt, in welcher nicht nur die mit Ende April 1860 richtig gestellte Summe der einzelnen Schuldgattungen, sondern auch die hierin seit 31. October 1859 stattgefundenen Ab- und Zunahmen mit einer allgemeinen Umrechnung auf ein fünfpercentiges Capital in österreichischer Währung ersichtlich gemacht erscheinen.

Nach Inhalt dieser Zusammenstellung bestand am 30. April 1860 die Oesterreichische Staatsschuld bezüglich des Nennwerthes:

I. Ohne Capitalsrückzahlung ältere Schuld mit:

fl.	kr.	
83,325.976	44	theils in Wiener Währung verzinslich, theils unverzinslich und
18,284.900	—	in Silbermünze verzinslich und verlosbar;

neuere Schuld mit:

fl.	kr.	
1,605,653.244	$21^1/_8$	in Conventions-Münze und
55,534.011	$44^2/_{10}$	in Oesterreichischer Währung;

II. gegen festgesetzte Rückzahlung in:

fl.	kr.	
1,867.898	49	Wiener Währung,
132,616.661	36	Conventions-Münze und
28,676.059	$55^1/_{10}$	Oesterreichischer Währung; endlich in der schwebenden Staatsschuld mit
380,209.296	$58^5/_{10}$	Oesterreichischer Währung.

Diese vorstehend verzeichneten Staatsschulden ergeben auf österreichische Währung umgerechnet die Totalsumme von 2,269,295,218 fl. 09 kr.

Von der lombardisch-venetianischen Monte-Schuld konnte der Stand mit 30 Apri 1860 nicht erhoben werden, weil die Verhandlungen zur Ermittlung des hievon auf Oesterreich als Quote entfallenden Betrages noch im Zuge waren.

Durch die am 9. September 1860 in Mailand mit Frankreich und Sardinien abgeschlossene und am 4. Oktober 1860 von Eu. Majestät Allerhöchst ratificirte Convention wurden vom österreichischen Kaiserstaate von der früher bestandenen lombardisch-venetianischen Schuld als $^2/_5$ Quote (auf österreichische Währ. umgerechnet)

42,255,729 fl. 03 kr. übernommen, zu der noch die neueste lombardisch-venetianische Schuld vom Jahre 1859 mit

27,653,810 fl. in österr. W. einzurechnen ist, wornach die gesammte lombardisch-venetianische Schuld sich mit

69,909,539 fl. 03 kr. bezifferte.

Endlich beträgt noch die gesammte Grundentlastungsschuld

482,806,690 fl. in Conventions-Münze oder auf österreichische Währung umgerechnet

506,947,924 fl. 59 kr., in welcher Summe auch jene Grundentlastungsobligationen inbegriffen sind, womit die Laudemial-Entschädigungen von

29,915,819 fl. $44^5/_{10}$ kr. öst. W. bereits bedeckt wurden, welche vom Staate zwar erst nach Jahren an die betreffenden Grundentlastungsfonde zurückzuzahlen, inzwischen aber zu verzinsen sind und deßhalb in die schwebende Staatsschuld angenommen erscheinen.

Im Vergleiche mit dem Stande zu Ende Oktober 1859 ergibt sich mit 30. April 1860 eine Verminderung der allgemeinen Staatsschuld um

101,785,933 fl. $63^8/_{10}$ kr. öst. W., welche theils durch die regelmäßig erfolgten Verlosungen und Rückzahlungen, zum größeren Theile aber durch die Abschreibungen des Tilgungsfond-Vermögens erzielt worden ist.

Auch die in der erwähnten Convention nicht aufgenommene neueste Schuld des lombardisch-venetianischen Königreiches erscheint um

3,105,150 fl. öst. W., um jenen Betrag der Vaglien geringer, für welche mit Ende April 1860 noch keine Obligationen ausgestellt waren.

Dagegen hat sich die Grundentlastungsschuld um

9,771,016 fl. 50 kr. öst. W. mit Inbegriff der für Laudemial-Entschädigung im ersten Semester 1860 erfolgten Grundentlastungs-Obligationen durch die fortgesetzte Liquidirung der Entschädigungsansprüche erhöht.

Die treuergebenste Kommission überzeugte sich durch Einsicht in die Gebarung des Staatsschuldenwesens, daß in den allerhöchst genehmigten Anlehenssummen keine Ueberschreitung im ersten Semester 1860 stattgefunden hat.

In der ehrerbietigst unterbreiteten Zusammenstellung wurde nur der factische Stand der Staatsschuld begriffenen ständischen Obligationen mit jenen Kapitalien aufgenommen, welche von den ständischen Buchhaltungen als noch unverlost auf deren Kreditsbüchern haftend nachgewiesen sind und durch die Einreihung in die Serienverlosungen in die allgemeine Staatsschuld übergehen.

Weiter wurden in diese Zusammenstellung auch jene unverzinslichen Staatspassivposten einbezogen, welche, zwar schon fällig, bis zum Schlusse des ersten Semesters 1860 zur Zahlung nicht vorgewiesen worden sind.

Einen bedeutenden Betrag solcher Rückstände bilden auch die unbehobenen fälligen, zum Theile auch verjährten Zinsen von Staatsobligationen, welche von der Kreditshofbuchhaltung nur mit Schluß des Verwaltungsrathes 1859 mit der Gesammtsumme von

57,620.612 fl. 15 kr. ö. W. an die Kommission nachgewiesen wurde, weshalb deren Stand zu Ende April 1860 nicht aufgestellt werden konnte.

Nachdem Eu. Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 11. October 1860 die Weisung wegen beschleunigter Begl ichung der Ausstände auf den Interimskonten der Staatscentralkasse erlassen haben, so wurden dieselben in der Zusammenstellung nicht berücksichtigt.

Bei genauer Vergleichung der von der Direction der Staatsschuld mit Ende des ersten Semesters 1860 gelieferten Nachweisungen haben sich gegen die Belege der Buchhaltungen die wenigen, in dem anliegenden Verzeichnisse aufgeführten Differenzen ergeben, welche sich durch die getroffenen Einleitungen baldigst ordnen lassen werden.

Nur gegen den bei der Kreditshofbuchhaltung erhobenen Stand der wirklich bis Ende April 1860 in Umlauf gesetzten National-Anlehens-Obligationen vom Jahre 1854 stellte die Direction der Staatsschuld in ihrem Ausweise den allerdings erheblichen Betrag von

5,147.040 fl. $32^4/_8$ kr. CM. aber deshalb mehr ein, weil sie nur die am 11. October 1859 durch das Finanzministerium kundgemachte Summe von

611,571.300 fl. C. M. zum Anhalte genommen hat, welche jedoch damals durch Hinausgabe von Obligationen noch nicht erschöpft war, sondern nur in Beachtung der noch zu liquidirenden Posten bezeichnet worden ist.

Die auf den Kreditsbüchern haftenden Obligationen, welche lediglich zum Umtausche gegen gleich große Kapitalien derselben Schuldkategorien in den Verwechslungskassen vorhanden und genau untersucht worden sind, üben keinen Einfluß auf den Stand der betreffenden Schuldgattungen und blieben daher in der Zusammenstellung unberücksichtigt.

Die treugehorsamste Staatsschulden-Kommission kann diesen allerunterthänigsten Vortrag, in welchem sie auf Grundlage buchhalterischer Rechnungen den Stand der Staatsschuld mit Ende April 1860 nachgewiesen hat, nicht schließen, ohne noch einmal auf den Eu. Majestät unterm 4. Juni 1860, Zahl 75, ehrerbietigst unterbreiteten Ausweis über den Stand der Staatsschuld mit 31. December 1859 zurückzukehren, über welchen sich das Finanzministerium in seinem am 11. Juli 1860 kundgemachten Gutachten dahin ausgesprochen hat, daß derselbe mit den ihm zu Gebote stehenden Daten in mehreren Ansätzen nicht übereinstimme und den Passivkapitalienstand gegen den gedruckten Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1861 um einen Betrag von mehr als 63 Mill. Gulden geringer darstelle.

Obgleich eine vollkommene Uebereinstimmung des factischen Bestandes der Staatsschuld, wie ihn die Kommission auch mit Ende December 1859 vorgelegt hat, mit dem Voranschlage des für das Jahr 1861 erforderlichen Aufwandes für die Staatsschuld nicht wohl stattfinden kann, weil in demselben bestehende aber unverzinsliche Passiven unberücksichtigt blieben, dagegen Kapitalien in Ansatz gebracht werden mußten, für welche voraussichtlich erst im Jahre 1861 Zinsen zu zahlen sein werden, so hat dennoch die treuergebenste Kommission die Erforschung der erwähnten Bemängelung vorgenommen und unterbreitet im Anschlusse ihren darüber verfaßten Ausweis mit den dazu gehörigen Erläuterungen.

Geruhen Eu. Majestät aus diesem allergnädigst zu entnehmen, daß die treugehorsamste Kommission bei den meisten Posten mit größerer Genauigkeit vorgegangen ist, als dies bei der Aufstellung des Jahrespräliminariums möglich war.

Wie durch die von dem Leiter des Finanzministeriums dem verstärkten Reichsrathe übergebenen und in der Sitzung am 15. September 1860 besprochenen Aufklärungen über die zwischen dem Ausweise der Staatsschulden-Kommission und zwischen dem Voranschlage für das Jahr 1861 obwaltenden Differenzen bestätigt wird, ergibt sich, daß die Summe von

63,986.230 fl. in ö. W., um welche der Passivkapitalienstand mit Ende December 1859 von der Kommission gegen den Voranschlag geringer nachgewiesen erscheint, nicht aus einer unrichtigen Aufstellung der mit Ende December 1859 wirklich bestandenen Staatsschuld in ihrem Nennwerthe, sondern hauptsächlich aus einer verschiedenartigen Auffassung in der Umrechnung der älteren verlosbaren Schuld auf österreichische Währung, dann in der Einstellung der bedeutenden Position der Laudemial-Entschädigungs-Kapitalien, endlich aus einer ungleichmäßigen Behandlung der nur theilweise emittirten Anlehen entsprungen ist.

Während von der Kommission in Uebereinstimmung mit der in ihrem Ausweise in allen Kategorien durchgeführten Umrechnung die ältere verlosbare Staatsschuld, welche erst durch die stattfindenden Serienziehungen in den Genuß der ursprünglichen Zinsen eintritt, nach ihren dermaligen Verzinsungspercenten ebenfalls auf ein 5percentiges Kapital in österreichischer Währung reducirte, ist dieselbe in dem gedruckten Voranschlage für das Jahr 1861 nur auf ein $2^1/_2$percentiges, daher doppelt großes Kapital in österreichischer Währung erhoben.

Für die vom Staate eingezogenen Laudemien wurden die Berechtigten größtentheils mit Grundentlastungs-Obligationen befriedigt und wegen deren Einlösung von den Ministerien des Innern und der Finanzen vereinbart, daß der Staat diese ihm obliegenden Zahlungen erst vom Jahre 1866 angefangen, in 30jährigen Annuitäten an die betreffenden Grundentlastungsfonde zu leisten habe.

Weil jedoch die zur Bedeckung der Laudemialschuld für Rechnung des Staates ausgegebenen Grundentlastungs-Obligationen in dem Ausweise über die gesammte Grundentlastungsschuld von der treugehorsamsten Kommission mit Ende Dezember 1859 speciell nachgewiesen waren, erachtete sie deren Betrag nicht in doppeltem Ansatze auch noch in der allgemeinen schwebenden Staatsschuld aufnehmen zu sollen, wohin derselbe in dem fraglichen Voranschlage, welcher dagegen die Grundentlastungsschuld nicht enthält, einbezogen worden ist.

Was die in dem Gutachten des Finanzministeriums hervorgehobenen Bedenken über die unverhältnißmäßigen Opfer, großen Schwierigkeiten und Rechtsverletzungen hinsichtlich der von der treugehorsamsten Staatsschulden-Kommission beantragten Konvertirung aller nicht rückzahlbaren Conventions-Münze-Obligationen, deren Anzahl mit Ende April 1860 höchstens drei und eine halbe Millionen Stücke erreichte, in eine zu 5 Perzent verzinsliche auf österreichische Währung lautende Schuld anbelangt, auf welche auch im §. 6 des Allerhöchsten Patentes vom 23. Dezember 1859 hingedeutet wurde; so kann die Kommission diese Bedenken nicht in ihrem vollen Umfange theilen, glaubte aber diesen wichtigen Gegenstand, dessen Ausführung nur einer günstigeren Finanzperiode vorbehalten werden kann, zu vorbereitenden Berathungen anregen zu sollen.

Wien, am 20. Dezember 1860.

Joseph Fürst zu Colloredo-Mannsfeld m. p.
Präses.

Alphons Marquis Pallavicini m. p.
A. S. v. Rothschild m. p.
J. C. Ritter v. Popp m. p.
Moriz Ritter v. Wodianer m. p.
A. Edler v. Dück m. p.
P. Ritter v. Murmann m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 29. Jänner d. J. den bei Seiner kaiserlichen Hoheit dem Herrn Erzherzoge Sigismund zugetheilten Oberstlieutenant Otto Grafen von Wickenburg, des Uhlanen-Regiments Graf Clam Nr. 10, auf sein Ansuchen und unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit, dieser Dienstleistung allergnädigst zu entheben und an dessen Stelle den Hauptmann erster Klasse Kajetan Freiherrn v. Lazarini, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Reischach Nr. 21, unter gleichzeitiger Beförderung desselben zum überzähligen Major beim Infanterie-Regimente Prinz Gustav Wilhelm Hohenlohe Nr. 17 zum Vorsteher der Kammer des genannten Herrn Erzherzogs allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Kanzleidirektor des k. k. Generalkonsulates in Paris Sektionsrath Dr. Wilhelm Schwarz als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Statuten dieses Ordens gemäß in den Ritterstand des Oesterreichischen Kaiserreiches allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 29. Jänner d. J. dem in den Pensionsstand versetzten Marine-Kaplane erster Klasse und Ehren-Domherrn Emerich Ujhély de eadem in Anerkennung seines eifrigen und verdienstvollen Wirkens in der Seelsorge das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben allergnädigst zu gestatten geruht, daß der steiermärkische Statthalterei-Konzeptspraktikant Johann Nepomuk Freiherr v. Vernier-Rougemont das ihm verliehene Ritterkreuz des Johanniter-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 26. Jänner d. J. dem Benediktiner-Ordenspriester zu Admont Anton Haitzi in Anerkennung seiner vieljährigen und ersprießlichen Wirksamkeit im Gymnasial-Lehramte das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 26. Jänner d. J. in Anerkennung des während einer langen Reihe von Jahren bewährten verdienstlichen Wirkens des Dechantes und Schuldistrikts-Aufsehers Stanislaus Mroczkiewicz, Pfarrers in Chełm in Galizien, demselben das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 26. Jänner d. J. dem Finanzwach-Kommissär zu Veszprim in Ungarn Ignaz Stupka in Anerkennung seiner vieljährigen und eifrigen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 8. Februar.

Im preußischen Abgeordneten-Hause hat die Debatte über den Adreß-Entwurf am Montag begonnen. Die wichtigsten Zusatzanträge sind: Die Abgeordneten Behrend (Danzig) und Genossen wünschen die Entfernung der reactionären Beamten aus dem Staatsdienste. Freiherr von Vincke will bei dem Satze, in welchem die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten berührt werden, den Zusatz anfügen: „In der fortschreitenden Konsolidirung Italiens erblicken wir ein wichtiges europäisches Interesse." — In einer etwas abgeschwächten Fassung liegt derselbe Gedanke noch einmal vor in einem Antrage der Abgeordneten v. Vincke und Genossen, daß an der bezeichneten Stelle der Zusatz angefügt werde: „Der fortschreitenden Konsolidirung Italiens entgegen zu treten erachten wir weder im preußischen noch im deutschen Interesse." Zu demselben Passus beantragen die Abgeordneten v. Żółtowski und Genossen einen Zusatz im Sinne des vom Grafen Bniński in der Adreßcommission gestellten und von uns bereits erwähnten Antrages, das Großherzogthum Posen betreffend. Der Antrag der polnischen Abgeordneten kam bereits bei der Generaldiscussion zur Sprache, dasselbe ist auch diesmal von dem Minister in fester und energischer Weise unter lautem Beifall der Versammlung als unzulässig bezeichnet worden.

Bei der Discussion über das Amendement Vincke erklärt Minister von Schleinitz, daß die Regierung nicht den geringsten Grund zur Mißgunst gegen Ita-

lien habe. Ohne die nationale Idee zu unterschätzen, könne die Regierung ihr doch keine so zu sagen souveräne Bedeutung beilegen; trotzdem sie auch das Princip der Nicht-Intervention nicht immer bindend erachte, habe sie in Italien nicht activ eingegriffen, weil eine Politik der Vorsicht und Zurückhaltung im Interesse Preußens liege. Den Vorwurf tendenziöser Politik weise er zurück. **Venetien sei militärisch und strategisch für Oesterreich** und mittelbar **für Deutschland zu wichtig**, als daß Preußen eine Verzichtleistung auf Venetien anrathen könnte. Doch werden Oesterreich und Sardinien beide in der Defensive bleiben und der Conflict, unter Einwirkung aller Großmächte, sich mindestens verschieben lassen. (Wie eine telegraphische Depesche aus Berlin meldet, ist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. d. das Amendement des Abgeordneten v. Vincke und Genossen: „Der fortschreitenden Consolidirung Italiens entgegenzutreten, erachten wir weder im preußischen noch im deutschen Interesse" nach sechsstündiger Berathung mit 159 gegen 146 Stimmen angenommen worden, obgleich Herr von Schleinitz dringend gebeten hatte, das Amendement als präjudicirlich abzulehnen.)

Der Zusatzantrag des Abgeordneten Vincke und seiner Genossen war bereits im Schooße der Adreß-Commission proponirt und von der Commission abgelehnt worden. Die Majorität der Kammer, allerdings nur eine geringe, hat diese Phrase nun zu der ihrigen gemacht und in seltener Selbstüberhebung gewagt, der Regierung in Bezug auf ihre auswärtige Politik, ja sogar in einer den ungeschmälerten Bestand ihrer Macht mehr als mehr berührende Frage Vorschriften geben zu wollen. Ein kleiner Ueberschuß von Gothaern und Nationalvereinlern hat über die große Zahl ruhig denkender und klarer blickender Männer den Sieg davongetragen und einen gerade zu monstrosen Satz, wie er nicht undeutscher und unpractischer gedacht werden kann, der Kammer als ihren von der Oeffentlichkeit zu vertretenden Meinungsausdruck aufgezwungen. Der Satz, daß es dem preußischen und deutschen Interessi entgegen sei, Italien in seiner fortschreitenden (!) Consolidirung entgegen zu treten, heißt mit andern Worten, es sei gegen Deutschlands (!) Interesse, wenn man Sardinien hindern würde, sich des Festungsvierecks zu bemächtigen und Südtirol der Invasion des befreundeten Italianismus vollständig blos zu legen; es sei gegen Deutschlands Interesse, wenn Piemont verhindert würde, durch die Eroberung Venedigs das ganze adriatische Meer an sich zu reißen und das deutsche Triest zu ersticken. Bekanntlich sind auch im britischen Parlament officielle Erklärungen über dieselbe Frage abgegeben. Die „Ostd. Post" macht einige treffende Bemerkungen über den flagranten Gegensatz, in welchem sich die Weisheit der Vinckianer in der Berliner Kammer zu der Politik Englands befindet. Lord John Russell, sagt das Blatt, hat von Anfang an sich für ein großes Italien erklärt; seine „Jugendsympathien" sind in dieser Sache stärker als sein „Verstand," äußerte er sich öffentlich. Nichtsdestoweniger gibt es eine Linie und ein Moment, vor dem er Halt macht. Diese Linie ist Venedig und dies Moment ist die Ueberzeugung, daß Frankreich Venedig nie in Sardiniens Hände übergehen lassen würde, ohne sich Vortheile zu sichern, welche dieser Großmacht ein neues kolossales Uebergewicht in Mittel-Europa zuführen. Venedig ist nicht blos der Schlüssel des adriatischen Meeres, es ist auch einer der Schlüssel des Orients. So lange Venedig in den Händen Oesterreichs ist, obschon Letzteres keine große Seemacht besitzt, ist der Orient vor allen Beunruhigungen, die an den Küsten des dalmatischen Littorale's der Türkei erwachsen können geschützt. Venedig, in der Hand einer Frankreich dienstfertigen Macht, gestaltet sich sogleich zu einem Arsenal und Sammelplatz für einen gewaltigen Stoß gegen das türkische Reich. Dies ist ein Gesichtspunkt, der älter ist als die Erklärung so jungen Datums, die Lord John Russell nach Paris und Turin versendet hat. Es ist der Gesichtspunkt, den der alte Lord Redcliffe stets unverbrüchlich festgehalten hat und den er — wie man erzählt — gelegentlich der unzweideutigen Absichten, die Napoleon in Bezug auf Syrien an den Tag legte, Lord Palmerston von Neuem auf die Seele band. Von der Zeit der syrischen Expedition datirt sich auch die veränderte Politik, die England gegen Piemont in der venetianischen Frage einnahm und worüber die Blaubücher bald nähere Aufschlüsse eröffnen werden. Während somit das Whig-Kabinet selbst sich zu der Erkenntniß gedrängt fühlt, daß der Besitz Venedigs in Oesterreichs Hand ein europäisches Interesse ist, haben die großen Deutschen von Gotha und Eisenach es in den Sternen der Zukunft gelesen, wie man dahin wirken müsse, daß die preußische Kammer durch ein direktes Votum Sardinien in seiner „fortschreitenden" Konsolidirung unterstütze, wie man es in Turin und in Paris demonstrativ darlegen möge, daß Oesterreich für den Fall eines Angriffs auf Venedig auch nicht auf die geringste preußische Unterstützung rechnen könne. Die Folgen dieses freundnachbarlichen Dienstes deutscher Biedermänner liegen auf der Hand; auch blödere Politiker als Herr v. Vincke und seine Freunde können sie an den Fingern herzählen.

Aus der Thronrede des Kaisers L. Napoleon, schreibt der Pariser = Corr. der „NPZ.," ist beim besten Willen nicht herauszulesen, daß die allgemeine politische Lage, wenn auch schwierig doch nicht danach sei, den europäischen Frieden ernstlich zu gefährden. — Ihr Zweck scheine vielmehr zu sein, die französische Nation mit dem Gedanken an einen Krieg vertraut zu machen und sie gleichzeitig an ihre militärische Kraft zu erinnern, welche ihr erlaube einem Kriege und seinen Resultaten mit Ruhe entgegenzusehen. Zu bemerken ist, daß der Kaiser nicht versichert, seine Beziehungen zu den anderen Mächten seien befriedigend, eine Redensart, an die man doch überall und immer gewöhnt ist, wenn der Krieg nicht offenbar vor der Thür steht. Von Syrien sprechend, enthält sich der Kaiser jeder Andeutung darüber, ob die Truppen zurückgezogen werden oder nicht, und was Rom betrifft, so ist nur von der persönlichen Sicherheit des Papstes, nicht aber von seiner weltlichen Macht die Rede. Dem König von Neapel sagt er eine Artigkeit — sie wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, — aber darüber wird man sich in Turin um so leichter trösten, als Napoleon es vermied, der Thatsache, daß er seit seiner letzten Thronrede die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abgebrochen hat, auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, eine parlamentarische Unregelmäßigkeit, die sich nur aus dem Wunsche und der Absicht, dem Könige Victor Emanuel nichts Unangenehmes zu sagen, erklären läßt. Einige Aeußerungen am Schluss der Rede werden hier als Anspielungen auf die Kundgebungen Sr. Maj. des Königs von Preußen betrachtet, die jedoch gerade durch diese Thronrede, durch das, was darin ausgesprochen, und durch das, was mit bedeutsamem Stillschweigen übergangen ist, vollkommen gerechtfertigt werden. Der Kaiser sieht offenbar Verwickelung voraus, und er hofft die Verantwortlichkeit auf den Senat und die Kammer zu wälzen.

Die „Times" und „Daily News" finden Napoleon's Thronrede unbefriedigend und zweideutig. Die „Morning Post", der „Morning Herald" und das „Morning Chronicle" urtheilen weniger ungünstig.

Der Streit, ob Dänemark an der Elbe oder Eider zu vertheidigen sei, oder mit anderen Worten, ob man der Bundes-Execution in Holstein mit bewaffneter Hand entgegen zu treten, oder sie — so lange Schleswigsches Gebiet unberührt bleibt — ruhig zu dulden habe, wird in der dänischen Presse mit großem Eifer fortgesetzt. „Dagbladet" (wie die Majorität der Blätter) verlangt die sofortige Aufnahme des Krieges. „Faedrelandet" ist völlig der entgegengesetzten Meinung und geht davon aus, daß eine Auflehnung gegen die Bundes-Execution Dänemark um eben jene Sympathien bringen werde, die es gewinnen möchte und so nöthig braucht. Den Kriegslustigen wird mit Recht entgegengehalten, daß Dänemark, welches der von den Großmächten auf dem pariser Congresse getroffenen Vereinbarung betreffs des Seerechtes beigetreten, nicht mehr wie 1848 ganze Küstenstrecken ohne Weiteres für blokirt erklären kann. Es muß vielmehr, da der blocus sur le papier nicht mehr zulässig ist, vor jedem einzelnen Hafen, den es in Blokadezustand zu erklären beabsichtigt, eine dem Zwecke entsprechende Kriegsmacht stationiren, und es dürfen sich die betreffenden Schiffe, solange der Blocadezustand überhaupt fortdauern soll, nur auf kurze Zeit der Natur-Ereignisse wegen, nicht aber auf längere oder aus irgend einem anderen Grunde aus ihrer Stellung entfernen, widrigenfalls die Blokade für aufgehoben gilt. Ob die dänische Marine als deren wichtigste Aufgabe die Unterstützung der militärischen Operationen an den Küsten von Jütland, Schleswig ꝛc. angesehen werden muß, unter diesen Umständen zur Zeit im Stande sein würde, alle deutschen Häfen der Nord- und Ostseeküste zu blokiren, ist, nach dem Berichte des dänischen Marineministers, als sehr fraglich anzusehen.

Nach einem Telegramm der „H. N." aus Kopenhagen vom 4. d. M. erklärt „Dagbladet" die Nachricht, daß die Großmächte eine Blokade der deutschen Küsten nicht anerkennen würden, für unbegründet.

Der „K. Z." wird über die Stellung der Mächte zur deutsch-dänischen Frage aus Berlin geschrieben, daß diese zwar nicht in förmlichen Noten aber in vertraulichen Mittheilungen auch an ihre dortigen Gesandten anerkannt haben, daß der Bund diese selbstständig zu lösen habe. Rußland soll sich in dieser Frage am geistigsten für die deutschen Mächte geäußert haben.

Nach den „Hamb. Nachr." hat Herr v. Schleinitz an die preußischen Gesandtschaften eine Denkschrift gerichtet, welche die schleswig'sche Sprachfrage behandelt. „Die Denkschrift hebt hervor, wie das von der dänischen Regierung in Bezug auf das Herzogthum Schleswig den gegebenen Zusagen zuwiderlaufende, der deutschen Nationalität feindselige System gerade in der Sprachfrage seinen prägnantesten Ausdruck finde, die Sprachsache daher der Kern der ganzen schleswig'schen Frage sei, und in dieser für deutsche Regierungen zugleich das Mittel liege, auch auswärtigen Mächten die Ueberzeugung zu geben, daß es sich bei einem Vorgehen gegen Dänemark in der That nur um einen „von der Selbstachtung im höchsten Grade gebotenen Act der Nothwehr" handle. Denn wenn es darüber, was unter einem „wohlgeordneten" Ganzen zu verstehen sei, zu dem nach der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 die einzelnen Theile der dänischen Monarchie vereinigt werden sollen, mehrerlei Meinung geben könne, so sei darüber nur eine Meinung möglich, daß unter der zugesagten Gleichberechtigung und dem kräftigen Schutze beider Nationalitäten eine systematische Unterdrückung der deutschen Sprache und Bevölkerung, die beide im Herzogthume Schleswig die überwiegenden sind, nicht verstanden werden sollte.

†† **Krakau,** 8. Febr.

In der Sitzung der agronomischen Gesellschaft vom 5. d. Mts. riefen die Motionen der HH. Ignaz Skrzyński und Eduard Dzwonkowski über Abänderungen in der Art der Aufnahme neuer Gesellschafts-Mitglieder eine lebhafte Debatte hervor, welche die durch Graf Heinrich Wodzicki gestellte und von der Section affirmativ beantwortete Frage schließt, ob das Comité die diesfälligen Anfragen der Correspondenten sich zur Richtschnur bei neuen Mitgliedswahlen nehmen soll. Sodann verlas der Präsidirende den von den HH. Karl Rogawski, Stanisław Koźmian, Graf Ludwig Wodzicki, Leonard Wężyk, Ignaz Skrzyński und Stanisław Kotarski unterzeichneten Antrag, dahin lautend: Zum Behuf einer genauen und allseitigen Untersuchung der Frage einer Vereinigung der Krakauer und Galizischen Gesellschaft möge die Versammlung eine Fünfer-Commission einsetzen, welche im Verein mit der bereits zu diesem Zweck erwählten Lemberger Commission die Gründe für und wider erwägen und im Falle der die Vortheile überwiegenden Schwierigkeiten den Mittelweg einer wenigstens theilweisen Vereinigung vorschlage und endlich ihr Referat der hier allein competenten Generalversammlung vorlege, — außerdem kam der hinsichts der Vereinigung bereits von der Lemberger Generalversammlung angenommene Antrag zur Verlesung, der in Erwägung des Bedürfnisses einer Verbindung und Einigung der Kräfte, des nahen Zeitpunktes der Autonomie und der damit verknüpften kräftigeren Entwicklung und größeren Freiheit beider Gesellschaften die Anerkennung des Bedürfnisses einer Vereinigung so wie Einsetzung einer Commission verlangt, welche den Plan hierfür entwerfe und beiden Gesellschaften zur Bestätigung einreiche. Graf Heinrich Wodzicki erklärt im Namen des Comité, dessen Meinung betreffs der beiden ein lebhaftes Interesse erregenden Motionen er zu äußern berufen war, dasselbe enthalte sich einer solchen und rathe die Wahl einer Fünfmänner-Commission zur Beleuchtung der Angelegenheit, wozu der Lemberger Delegirte Graf Alexander Dzieduszycki seine Beistimmung gibt. Nach einem die Berathungen kurz unterbrechenden Zwischenfall, der mit dem Rücktritte des Hrn. Mieroszewski als Beisitzer und der Berufung des H. Karl Rogawski an seine Stelle endete, wird durch Majorität die Fortsetzung der Discussion auf eine weitere Sitzung verlegt und die Wahl einer Commission beschlossen. Der demnächst auf die Tagesordnung kommende Antrag des Hrn. Mieczysław Rej: das landwirthschaftlich-industrielle Wochenblat (Tygodnik rolniczo-przemysłowy) solle die Referat aus den Comité-Sitzungen in extenso enthalten, die Correspondenten seien ex officio Correspondenten des Tygodnik und alle für wichtig erkannten Fragen mögen einer ad hoc eingesetzten Commission überwiesen werden, wird nach kurzer Discussion von der Section als Wunsch angenommen. Schließlich entspinnt sich eine Discussion, hervorgerufen durch den Antrag des Hrn. Paszkowski betreffs einer Emeritur für Privat-Offizialisten und den von ihm verlesenen Brief, welcher, von beiläufig 20 derselben unterzeichnet, eine rührende Schilderung ihrer einer bitteren Zukunft entgegensehenden Lage enthält und die einzige Rettung in einem zu ihrer Unterstützung gestifteten Vereine sieht. Sein Antrag, eine besondere im Verein mit der Lemberger Gesellschaft erwählte Commission solle sich mit dieser Frage beschäftigen, wurde einstimmig unter Ermächtigung des Comité, diese dringende und wichtige Sache in die Hand zu nehmen, angenommen.

Nach einer im gestrigen Amtsblatt der „Krak. Z." enthaltenen Kundmachung des hiesigen Magistrats vom 5. d. ist demselben mit dem zu Folge Verordnung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers vom 5. v. M. ergangenen Erlasse des h. k. k. Statthalterei-Präsidiums in Lemberg vom 23. v. M. aufgetragen worden, die Verzeichnisse über sämmtliche zur Wahl der Landtags-Abgeordneten berechtigten Gemeindeglieder der k. Hauptstadt Krakau nach den Grundsätzen des Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 zu verfassen. Aus diesem Grunde werden die nach den obgedachten Grundsätzen verfaßten Verzeichnisse der wahlberechtigten Bürger und Angehörigen dieser Hauptstadt, dann der Dorfgemeinden Kawiory Dąbie sammt Beszcz und Głębinów, ferner Grzegórzki sammt Piaski im Zwecke der Einbringung von Reclamationen entweder wegen unterlassener Aufnahme in dieselben oder wegen nicht gehöriger Einreihung in Folge der unrichtig angesetzten Steuerschuldigkeit vom 6 — 19. d. M. im IV. Magistrats-Departement (Domherrn-Gasse 116/125, 2. Stock) öffentlich aufgelegt und nach Ablauf dieser Reclamationsfrist endgiltig abgeschlossen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Febr. Die dalmatinische Deputation wird heute Vormittags von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen.

Der Herr FZM. Ritter v. Benedek sollte gestern Verona verlassen und die Reise nach Wien antreten. Derselbe wird sich während der Reise nach Wien in einigen Militärstationen aufhalten.

Der russische Gesandte, Baron Balabine, welcher anfangs Februar hier eintreffen sollte, hat seinen Aufenthalt in Petersburg abermals verlängert.

In der letzten Generalversamlung der Brünner Ackerbau-Gesellschaft wurden JJ. kais. HH. die Erzherzoge Albrecht, Karl Ferdinand, Karl Ludwig, Ferdinand Maximilian, und Rainer unter den freudigsten Acclamationen, eben so auch der Hr. Statthalter Graf Chorinski zu Ehrenmitgliedern erwählt.

Die Anwesenheit des englischen Gesandtschafts-Attachee's, Dunlop, in Pest wird mit der Absicht seiner Regierung, in Pest ein englisches Konsulat errichtet zu sehen, in Verbindung gebracht. Dies dürfte jedoch sehr auf Hindernisse stoßen, weil die österreichische Regierung in keinem andern Orte des Reiches als in der Residenz und den adriatischen Handelsplätzen fremde Konsulate duldet.

Im Honther Komitate gab die Statthalterei-Verordnung bezüglich der Einberufung des Landtages nach Ofen zu mannigfachen Aeußerungen Anlaß. Die Einen wollten sich in keine Deputirtenwahl einlassen, bis nicht ein ungarisches Ministerium ernannt ist, — Andere erst, wenn der Landtag nach Pest einberufen wird. Endlich aber einigte man sich dahin, daß das Honther Comitat zwar Deputirte wählen, aber sie dem Sinne des Gesetzes gemäß nicht nach Ofen, sondern nach Pest schicken wird.

Im Baranyer Komitate waren die kaiserlichen Beamten aufgefordert worden, die Waisengelder einzuliefern, worauf jene die Eröffnung machten, daß sie zufolge höheren Befehles diese Gelder nicht herausgeben dürfen. Das Komitat betrachtete nun diese Angelegenheit als brennende Frage und beschloß in seiner am 1. Februar abgehaltenen Ausschußsitzung, höheren Ortes dahin zu wirken, daß die Beamten zur Herausgabe der Waisengelder angehalten werden sollen.

Das Municipium von Fiume hat unterm 25. Jänner dem Hofkanzler Baron Vay eine Adresse an Se. Maj. den Kaiser zur Uebermittlung zugesendet, worin mit Bezug darauf, daß Fiume einer von jenen Theilen ist, deren Deputirte nicht zu dem ungarischen Landtage einberufen wurden, die Bitte gestellt wird, Se. Maj. möge auch die Stadt Fiume mit ihrem Gebiete zu dem Landtage berufen. Die Adresse weist darauf hin, daß der Gouverneur von Fiume seinen Sitz an der ungar. Magnatentafel hatte und seine Deputirten an der Ständetafel saßen. Obgleich seit dem J. 1848 mit Kroatien vereinigt, habe sich Fiume „niemals als integrirenden Theil dieses Königreichs betrachtet, zu dem es niemals gehörte, denn vor seiner Einverleibung mit Ungarn hatte es keine Beziehungen zu Kroatien, und bildete für sich, gleich Triest, einen von jeder anderen Provinz getrennten Körper."

Deutschland.

Gegen eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Brandenburg, welche am 3. d. M. dem Könige Wilhelm das Beileid der Stadt bei dem Hintritte des Königs Friedrich Wilhelm IV. ausdrückte und zugleich zur Thronbesteigung Glück wünschte, äußerte Se. Majestät unter anderem: daß zwar kein Feind von außen zu drohen scheine, daß es aber auch darauf ankomme, nach innen fest zusammenzuhalten, da sich nicht verkennen lasse, daß Bestrebungen laut würden, die wieder zu den früheren unseligen Wirren führen könnten. Sein Programm beim Antritt der Regierung habe die innezuhaltenden Grenzen fest vorgezeichnet, und daß er sein Versprechen erfüllen werde, dafür bürge sein königliches Wort; darüber hinaus aber und gegen seine Ueberzeugung lasse er sich nicht bringen.

Ihre Durchlaucht die hochbetagte Prinzessin Louise zu Wied hat am 1. d. das Unglück gehabt, bei einem Falle im Schlosse zu Neuwied ein Bein zu brechen.

Nach der „Neuwieder Ztg." ist ein Vertrag zwischen der königlich preußischen Regierung und dem fürstlichen Hause Wied bereits seit einiger Zeit zum Abschluß gelangt und dürfte binnen Kurzem die Publication desselben erfolgen. Von den wiederverliehenen oder wiederhergestellten Berechtigungen werden das Patronatrecht und die Befugniß, die Hälfte sämmtlicher am hiesigen Kreisgericht angestellter Beamten zu ernennen, als die bedeutendsten hervorzuheben sein. Das Recht, einen eigenen Verwaltungs-Beamten für das früher fürstliche Gebiet zu ernennen, soll nicht ausgeübt werden, sondern es sollen die Geschäfte der Polizei- und Communal-Verwaltung dem königlichen Landrath übertragen und von diesem nach wie vor wahrgenommen werden. Für Aufhebung des Jurisdictionsrechtes und anderer nutzbarer Berechtigungen, so wie für Verzichtleistung auf die bisher bestandene Freiheit der fürstlichen Hausbesitzungen von Staatssteuern ist eine Entschädigungs-Summe mit dem Fürsten vereinbart und auf die Staats-Casse angewiesen worden.

In Hamburg sollen die beiden höchsten Polizei-Beamten nach dem Polizeiherrn, dem Senator Dr. Petersen, auf dessen Befehl verhaftet worden sein.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Heute um 1 Uhr fand die Eröffnung der Kammern Statt. Die Kaiserin, der ganze Hof, das diplomatische Corps und viele andere hochgestellte Persönlichkeiten wohnten dieser Feierlichkeit an. In dem Gefolge der Kaiserin befanden sich die Prinzessinen Clothilde und Mathilde und die übrigen Prinzessinen der kaiserlichen Familie. Um 1¼ Uhr erschien der Kaiser. Die Rede, der man mit größter Spannung entgegengesehen hatte, erregte große Sensation. Was besonders in derselben auffiel, war die scharfe Betonung des Nicht-Interventions-Princips, das jedes Land zum Herrn für sich mache. Bemerkt wurde noch die kurze Sprache Betreffs Syriens und Roms, das vollständige Uebergehen aller Großmächte und die Stelle, wo gesagt ward, daß Frankreich sich weder in einen ihm nicht anstehenden Kampf hineinziehen, noch sich durch Drohungen provociren lasse. Der Eindruck, den die Rede in Paris hervorbrachte, ist ein sehr verschiedener. Die Einen halten sie für äußerst friedlich, die Andern sehen in der Warnung, sich keinen préoccupations exagérées zu überlassen, eine gewisse Bestätigung ihrer Befürchtungen für die Zukunft, und wieder Andere meinen, die Rede lasse die Lage der Dinge eben so unklar, wie vorher. Von den halbamtlichen Blättern spricht sich nur die Patrie über dieselbe aus. Sie meint, „die Worte, die der Kaiser so fest und ruhig ausgesprochen, seien die Rede des Thrones und die Stimme Frankreichs". Die Rede des Kaisers wurde heute Nachmittags bereits um 3 Uhr auf allen Straßen verkauft. Seit langer Zeit riß man sich nicht so um die Journale. Jeder wollte Aufschluß haben über die Lage der Dinge. Die Rente schloß zu 68, — ungefähr derselbe Cours, wie bei derselben Gelegenheit im Jahre 1859. — Der Moniteur publicirt heute das vom Kaiser sanctionirte Senatus-Consult über die Veröffentlichung der Parlaments-Berichte und ein kaiserliches Decret vom gestrigen Tage, welches die neue Geschäfts-Ordnung der gesetzgebenden Staatskörper festsetzt und zugleich die alte, unterm 31. December 1852 decretirte aufhebt. — Aus dem neuen Dienstreglement für die politischen Körperschaften, geht u. A. hervor, daß die Präsidenten des Senats und der Kammer von Rechtswegen auch die Präsidenten der Adreßcommissionen sein werden. Die Senateurs und die Deputirten werden dadurch der Mühe überhoben, die Herren Troplong und v. Morny zu wählen, was die wohlmeinende Absicht der meisten war. Das Gerücht, die Adressen würden

in einer feierlichen Sitzung der Kammern überreicht werden, hat sich nicht bestätigt. Es werden zu diesem Zwecke Deputationen von 2 Mitgliedern gewählt. — Nachträglich sind fünf bis sechs von den Studenten, welche sich an der Demonstration zu Ehren des ausgewiesenen Redacteurs Ganesco betheiligt hatten, verhaftet worden. — Trotz der Friedensversicherungen des Kaisers werden die Kriegsrüstungen mit großer Energie fortgesetzt. Die Vorkehrungen, welche in dieser Hinsicht in der Festung Metz getroffen werden, sollen ganz außerordentlich sein.

Schweiz.

In Bern ist am 1. d. Professor Dr. Philipp Fr. Wilh. Vogt, Vater des bekannten Prof. Karl Vogt, gestorben.

Großbritannien.

In London ist der afrikanische Reisende Macgregor Laird, der durch sein Buch über eine von ihm unternommene Nigerexpedition (veröffentlicht im Jahre 1837) zu den späteren Erforschungen Afrika's aufgemuntert hatte, nach längerem Leiden gestorben. Gleichzeitig ist ein sehr beliebter Künstler, der Maler Birket Foster, gestorben.

Smith O'Brien hat sich abermbls in einer eng gedruckten, 30 Seiten langen Flugschrift gegen diejenigen seiner Landsleute ausgelassen, welche die Befreiung Irlands von der englischen Herrschaft durch französische Hilfe, so z. B. durch die Landung eines französischen Heeres, erringen möchten. Er erinnert daran, wie in Zeiten, die den Engländern weit ungünstiger als die jetzige gewesen, ähnliche Versuche der beiden mächtigsten Monarchen ihrer Zeit, Philipps II. nämlich und Ludwigs XIV., gescheitert seien, und führt dann den Irländern zu Gemüthe, wie sie unter französischer Herrschaft weit schlechter als unter englischer fahren würden.

Italien.

Das „Giornale di Roma" bringt Details über mehrere Kämpfe, die in den letzten Tagen des Jänners auf päpstlichem Gebiete zwischen Piemontesen und Soldaten des Königs Franz stattgefunden haben. „In Bauco, in der Delegation Frosinone, hatten sich neapolitanische Soldaten gesammelt; es war ihnen auch gelungen, trotz der Wachsamkeit der päpstlichen Behörden Waffen und Munition zu verschaffen; als sie der päpstliche Militärcommandant von Veroli, Conte Carpegna, aufforderte, die Waffen abzugeben und auseinanderzugehen, weigerten sie sich, dieser Weisung nachzukommen. Während nun Conte Carpegna Maßregeln traf, um den Gehorsam zu erzwingen, wurde Bauco am Morgen des 28. Jänner von einer 2000 Mann starken piemontesischen Kolonne, die Kavallerie und sechs Kanonen mit sich führte und von Sora aus dem Neapolitanischen herbeigekommen war, mit heftigem Musketen- und Artilleriefeuer angegriffen; die Neapolitaner erwiderten das Feuer so energisch, daß die Piemontesen nachdem sie schwere Verluste erlitten hatten, die Beschießung einstellten und um Verstärkung und schweres Geschütz nach Sora schickten. Eine zweite, ebenfalls sehr starke piemontesische Kolonne hatte am selben Tage, ebenfalls auf päpstlichem Gebiete, Ceprano besetzt, um von dort aus nebst einer dritten in Falvaterra eingetroffenen Kolonne gegen Bauco zu ziehen. Sie requirirten Lebensmittel für sich und andere noch erwartete Truppen, zogen sich aber am 29. plötzlich wieder von Ceprano zurück. An ihrer Spitze stand der General Sonnaz. Nach diesem Rückzug sendeten die Neapolitaner dem päpstlichen Kommandanten in Veroli Botschaft, daß sie Bauco noch am selben Abend räumen würden. Die römische Bevölkerung hatte sich sowohl dort als in Ceprano, Frosinone und den umliegenden Orten vollkommen ruhig verhalten und neue Beweise ihrer Anhänglichkeit an die rechtmäßige Regierung gegeben."

General Goyon hat, wie „Patrie" und „Pays" melden, um weiterem Zusammentreffen zwischen Piemontesen und Päpstlichen vorzubeugen, den Paß von Corese durch französische Truppen besetzen zu lassen.

Eine Depesche der „Patrie" aus Turin vom 3. d. versichert, daß die sardinische Regierung ihrer Flotte vorgeschrieben habe, sich vor Gaëta auf Blokirung des Hafens zu beschränken. Die italienische Flotte sei für die Zukunft von zu großem Werthe und Nutzen, als daß man sie in einem zwecklosen Unternehmen bloßstellen sollte. Dieselbe Depesche meldet, daß die piemontesischen Truppen eine große Energie in den Abruzzen entwickelten, daß aber dennoch die Insurrection noch nicht ganz bewältigt sei, da zahlreiche Banden von Parteigängern noch immer die Berge besetzt haben.

In der Nummer der officiellen „Gazzetta di Gaëta", welche zu Gaëta am 23. Jänner ausgegeben worden ist, finden wir einen sehr interessante Mittheilung über den Piemontesischen Angriff zu Lande und zur See vom Tage vorher. Wir entnehmen derselben Folgendes: „Die Neapolitanischen Truppen wollten dem Feinde nicht die Ehre des ersten Angriffs lassen; um acht Uhr Morgens also begannen unter einem tausendstimmigen viva el Re! in einem und demselben Augenblick die Batterieen ihr Feuer. Die Begeistung der Königlichen Truppen war mächtig, die Geschütze wurden mit dem größten Eifer bedient und erwiederten das feindliche Feuer mit bestem Erfolg; auf Wunsch der Soldaten mußten die Musikcorps kommen und nun wechselten beim Donner des Bombardements lustige Musikstücke mit dem Ruf: viva el Re! Die Sardinische Flotte lief unsere Meer-Batterieen an, aber ihr Feuer hatte nicht die geringste Wirkung. Unsere ersten Schüsse trafen in den Kiel einer Fregatte; die erste Kugel schlug in eine Kanonier-Schaluppe, die ganze Escadre zog sich darauf zurück und begann ein furchtbares Feuer, aber aus einer so vorsichtigen Entfernung, daß es keinen Erfolg haben konnte. Einer so sonderbaren Taktik gegenüber hatten unsere Artilleristen nicht Lust, ihre Munition zu verschwenden und beschäftigten sich nicht weiter mit der sardinischen Flotte, die sich auf Santa Maria zurückzog und endlich in der Richtung von Ponza verschwand." — Weiter heißt es dann in dem Bericht: „Gestern unter dem heftigsten Feuer hat die Garnison von Gaeta mit den Gefühlen der höchsten Bewunderung auf ihre Majestät die Königin gesehen, welche über Steine und Trümmer ihrem heiligen Ziel, dem Militär-Hospital di Torrione Francese zu wandelte, um die Verwundeten dort zu besuchen und zu trösten. Ihre Majestät trat an die Betten mehrerer Soldaten, tröstete sie mit Worten der Milde und Theilnahme und empfahl sie herzlich der wohlthätigen Sorgfahlt der barmherzigen Schwestern. Die Königin verweilte zwei Stunden in diesem Asyl der Leidenben, trotz der Bitten derjenigen Personen, welche für Ihrer Majestät Sicherheit besort waren, da das Bombardement den Rückweg immer gefährlicher machte u. s. w."

In Neapel hat man — wie die „Allg. Ztg." schreibt — nur spärliche und unzuverlässige Nachrichten aus dem Lager vor Gaëta, da Cialdini rings um dasselbe Gendarmen aufgestellt hat, die keinem Menschen den Zutritt in die Belagerungslinien und auch keine Mittheilung aus dem Lager gestatten, die nicht dem Obergeneral genehm ist; selbst fremde Offiziere, welche von Zeit zu Zeit die Belagerungsarbeiten zu besichtigen wünschen, dürfen nur in die ersten, äußersten Linien geführt werden. Von der See aus dürfte ein zweites Bombardement nicht mehr stattfinden, da kein Erfolg davon zu erwarten ist; die Flotte wird sich also ausschließlich auf die Aufrechthaltung der Blokade beschränken. Das Marineministerium wird in der Presse scharf getadelt, da die italienische vor Gaëta stationirte Flotte aus eilf Schiffen besteht und wahrscheinlich längere Zeit daselbst zu verbleiben hat, bis jetzt aber noch kein Kohlenmagazin in der Nähe eingerichtet wurde, so daß die Schiffe, wenn das Brennmaterial verbraucht ist, nach Neapel segeln müssen um sich damit zu versehen. Dieser Fall wird auch demnächst eintreten, weil die Fregatten nur noch für sechs, die kleineren Fahrzeuge blos noch für drei Tage Kohlen haben. Die Arbeiten in den Laufgräben kosten manches Opfer. Der Artillerie-Hauptmann Pompeo d'Oria aus Mailand wurde am 27. v. M. in der neuen Batterie bei den Kapuzinern von einer Granate am Kopf getroffen und augenblicklich getödtet, der Lieutenant Amadeo am Fuße verwundet.

Die Verbindung zwischen Rom und Gaëta wird nicht, wie die französischen Blätter sagen, durch einen unterirdischen Telegraphen, sondern durch Brieftauben unterhalten.

Aus Palermo berichtet man schon wieder von einem Wechsel in der obersten Behörde. Sämmtliche Mitglieder des Statthaltereirathes, welche ins Parlament gewählt wurden, haben ihre Entlassung gegeben. Amari wurde zum Präsidenten des neuen Statthaltereirathes ernannt.

Montenegro.

Aus Zara wird der „Ostd. P." geschrieben, daß, — aufgemuntert durch den französ. Consul Hecquard, — die Montenegriner mit Sutorinern (die Sutorina ist bekanntlich die schmale türkische Gebirgszunge zwischen Ragusa und Cattaro) einen Zug gegen Niksic beabsichtigen. Die Montenegriner hätten sich in der Gegend zwischen der österr. Grenze und dem Gebiete von Grahowo, 4—5000 Mann stark, concentrirt und rechneten nicht nur auf bosnische Hilfe, sondern auch auf die Unterstützung des Fürsten von Serbien. Türkischer Seits concentrirten Dervisch und Ismail Pascha ihre Truppen und auch österreichischer Seits seien alle Maßregeln zum Schutze der Grenze getroffen. Die Montenegriner sollen über Antivari sowohl von Frankreich als auch von Sardinien Munition erhalten haben, so daß sie damit auf mehr als fünf Jahre versehen seien. Ein Theil der österreichischen Flüchtlinge, welche aus der Moldau und Konstantinopel verwiesen wurden, sollen in Cetinje eingetroffen und vom Fürsten Nicolaus und den Senatoren auf das Herzlichste empfangen worden sein.

Türkei.

Von der dalmatinischen Grenze schreibt man dem „Pozor": „Einige Bosniaken, die aus Unze kamen, erzählen schauderhafte Dinge über die türkische Wirtschaft in Bosnien. Die Türken nehmen das Drittel, den Zehent und überdies, was ihnen sonst noch beliebt und verüben die größten Gewaltthaten an der armen Raja. Wer nicht zahlt oder wer sich beschwert, daß ihm Unrecht geschehe, den quälen sie auf verschiedene Weise. Unter Anderem haben sie eine Anzahl von 20 bis 30 Menschen ins Freie aufs Eis gejagt, sie mit Wasser begossen, bis sie ganz starr waren u. dgl. m.

Der Wiener kais. Ottomanischen Botschaft ist von Chekif-Bey, kais. Commissär in der Herzegowina folgende telegrapische Depesche zugekommen: Mostar, 4. Februar. Am 16. des Monats Redjeb hat eine Bande von Insurgenten und Montenegrinern mehrere Dörfer des Distrikts von Nicsich überfallen und daselbst zahllose Gräuelthaten an der friedlichen muselmännischen Bevölkerung verübt. Einundvierzig Menschenleben wurden hingeschlachtet, darunter zehn Kinder und drei Frauen. Eine der letzteren war schwanger und man hat ihr den Leib aufgeschlitzt, das Kind herausgenommen und dasselbe zerhackt. Eine andere Bande hat den Bezirksort Corianitz angegriffen, mehrere Häuser niedergebrannt, und Mordthaten und Grausamkeiten nicht minder barbarischer als die früher erwähnten sind auch hier gegen die muselmännische Bevölkerung ausgeübt worden.

Rußland.

Aus Tiflis meldet die letzte Levantepost, Fürst Baryatinski habe Befehl erhalten, die Armee in den wirksamsten Stand zu versetzen. Sie werde aus 211 Bataillonen Infanterie, 310 Schwadronen Kavallerie und 300 Feldgeschützen bestehen, und Alles deute darauf hin, daß die Russen eine ausgedehnte Bewegung nach der Ferne hin beabsichtigen. In Tiflis befinde sich gegenwärtig die Elite der russischen Generale: Pewdokimow, Kaufmann, Fürst Swiatopelk-Mirski, Murawiew, Melikow, Argutinski, Bebutow, Fürst Dolgoruki.

Vermischtes.

** Wir haben in Nr. 21 d. B. erwähnt, daß der Historiker Ranke in Berlin neue Documente aufgefunden habe, welche insbesondere Wallensteins Unterhandlungen mit den Protestanten nachweisen. Wie die „Brün. Ztg." meldet, hat der mährische Historiograph Dr. Dudik in Brünn ebenfalls neue Schriftstücke aufgefunden, welche des Friedländers gefährliche Pläne außer allen Zweifel setzen. Zu diesen Schriftstücken gehören: „Friedens-Articul, so der Herzog von Friendland der evangelischen Armadie in Schlesien vorgeschlagen." — „Herzogs von Friedland Postulata, seine Person betreffend, so darbei übergeben, und von ihm, Herzog von Friedland, vorgeschlagen, und neben den obigen ihrer Churfürstlichen Gnaden zu Sachsen übersend worden." — „Churfürstliche Postulata." Dr. Dudik will diese und noch andere wichtige Documente demnächst veröffentlichen.

** Das Grabmal Jaroslaw's von Sternberg, das Siegers über die Tataren, dessen Lob auch die königinhofer Handschrift singt, wird von Ferdinand B. Mikowec im „Lumir" ausführlich beschrieben. Dasselbe befand sich in der Klosterkirche der Klarissinen zu St. Agnes in Prag bis zu dessen unter Kaiser Joseph II erfolgten Aufhebung, bei welcher ein Nachkomme Jaroslaw's, ein Graf Sternberg, als Aufhebungskommissär fungirte. Die gräfliche Familie von Sternberg acquirirte bald darauf jenen merkwürdigen Grabstein und ließ ihn auf ihre Familienherrschaft Zäsmuk überführen, wo derselbe in der Kirche aufgestellt ward. Es ist ein interessantes Skulpturwerk, welches den gefeierten Tatarenbezwinger in leichter altböhmischer Rüstung, eine Herzogsmütze (oder einen Markgrafenhut) auf dem Haupte, mit beiden Händen ein mit dem Wappenstern bezeichnetes Schild haltend, vorstellt. Derselbe Aufsatz berichtet, daß eine alte seltene Abbildung dieses höchst merkwürdigen Monumentes existire, welche zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts D. Wussin nach einer Zeichnung des berühmten Karl Skreta in Kupfer gestochen hat.

** In der Nacht zum 4. d. wurde in einer der belebtesten Straßen Venedigs ein äußerst frecher Raubanfall an einem Polizei-Beamten verübt. Jener Beamte besuchte Abends ein Caffeehaus in der Via Eugenia, im Sestiere di Castello, eine der breitesten Straßen Venedigs und zeigte bei Berichtigung der Zeche, wahrscheinlich eine wohlgefüllte Börse — genug, als derselbe auf der Straße einige Schritte gemacht hatte und sich eben eine Cigarre anbrennen wollte, erhielt er einen Schlag auf den Kopf der ihn hinstreckte. Er raffte sich jedoch schnell wieder auf und ging auf seine Angreifer, vier an der Zahl, los. Diese fielen vereint über ihn her, und versetzten ihm in einem Nu eilf Messerstiche, von denen zum Glück kein einziger tödtlich war. Während des Ringens gelang es dem Polizei-Beamten, von einem Revolver, den er in der Tasche trug, Gebrauch zu machen, und einen seiner Angreifer zu verwunden, worauf die übrigen die Flucht ergriffen. Einer auf den Lärm herbeigeeilten Patrouille gelang es, zwei der Räuber zu ergreifen. Es sollen bereits alle vier Missethäter sich inden Händen der Gerechtigkeit befinden.

** Der Senat der Königsberger Universität hat sich dahin ausgesprochen, daß die Zeugnisse der Docenten auf dem Anmeldebogen der Studirenden über den Besuch der Vorlesungen keine Bürgschaft für den fleißigen Besuch derselben biete, und daß sich daher der Wegfall dieser Vorschrift empfehle. Ueber diese Ansicht hat der Senat das Gutachten der Senate der übrigen Preußischen Universitäten erbeten.

** In Brüssel kam am 20. v. M. beim Generalprokurator de Bavay eine telegraphische Depesche aus dem Hennegau mit der Meldung an, man habe zu Chatelet den berüchtigten Jud, den Mörder Poinsot's, erwischt. Der Graf d'Outremont de Presles, der diesen Fang in Person oethan, hatte selbst die Depesche unterschrieben. Jetzt stellt sich heraus, daß der angebliche Jud, den man trotz aller seiner Betheuerungen gebunden und wohl überwacht ins Gefängniß schleppte, der Sohn eines dortigen Bierbrauers ist. Eine Narbe an der Stirne hatte zufälliger Weise den Verdacht des Grafen angeregt.

** Ein weiblicher Dragoner. Vor einigen Tagen starb in Paris ein Weib Namens Therese Figneur, im Alter von 84 Jahren, aus Talmoy gebürtig; sie lebte in einem Hospitium mit einer Pension von 200 Fr., die sie seit dem Jahre 1800 für ihre Militärdienste bezogen, und im Genusse einer zweiten Pension, welche ihr in den letzten Jahren Napoleon III. angewiesen hatte. In der That, Therese Figneur war Dragoner des 15. und 9. Regiments, in welchem sie von 1793 bis 1812 gedient und an allen Feldzügen der Republik und des Kaiserreiches Antheil genommen hatte; sie war unter dem Namen Sans-Gêne in der ganzen Armee bekannt. Zur Zeit als vom Comité für die öffentliche Gesundheit das Verbot ergangen war, Weiber in die Regimenter aufzunehmen, baten alle Generäle und Offiziere des Pyrenäen-Heeres um eine Ausnahme für die Figneur, welche auch mittelst eines sehr günstigen und für den weiblichen Soldaten sehr schmeichelhaften Decretes zugestanden wurde. Unsere Heldin machte ihre ersten Proben gegen die Engländer bei der Belagerung von Toulon, wo sie Napoleon, der damals Artillerie-Officier war, kennen lernte. In einem Zutraume von zwanzig Jahren hatte sie sich inmitten so vieler tapferen Soldaten ausgezeichnet, war eben so gutmüthig als unerschrocken, und aus ihrem Munde die von ihr mitgemachten Schlachten beschreiben zu hören, war in der That besonders interessant.

** Herr Charles Stuart Forbes, ein englischer Seeofficier, hat soeben eine Schrift über Garibaldi's letzten Feldzug veröffentlicht. Pikant sind manche Anekdoten, die er erzählt. Unmittelbar nach dem Treffen von Milazzo bei Messina, wo Garibaldi persönlich Mann gegen Mann gefochten hatte, „bemerkte derselbe, daß sein Hemd in dem Handgemenge beschmutzt worden war. Er zog es aus, wusch es in dem vorüberfließenden Bach, hing es an eine Hecke, genoß seinen Imbiß, aus Brot, Früchten und Wasser bestehend, und saß dann, seine Cigarre rauchend und in Gedanken versunken, mit bloßem Rücken da, bis das Hemd getrocknet war. Gleich darauf verfügte er sich an Bord des „Tuckori" und leitete dessen Feuer auf die Citadelle." Von Birio, Garibaldi's Freund, findet sich folgendes Geschichtchen: „Es galt einen Gefangenen zu bestrafen, der den Tod verdient hatte. Seine Soldaten saßen aber, nach einem langen Marsch, beim Frühstück. Als er sich von des Mannes Schuld überzeugt hatte, sprach er: Wohlan! ich kann meine Leute jetzt nicht stören. Und so zog er seinen Revolver und schoß dem Manne eine Kugel durch den Kopf." Die Notiz, daß der bekannte englische Oberst Peard durch eine verstellte telegraphische Depesche von Eboli aus den damaligen neapolitanischen Kriegeminister General Ulloa täuschte und zur schleunigen Räumung der Stadt Salerno veranlaßte, wird ebenfalls bestätigt.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 8. Februar.

* Gestern 7. d. wurden die Sessionen der seit dem 4. d. tagenden Generalversammlung der Krakauer Agronomischen Gesellschaft geschlossen, worauf die Mitglieder um 5 Uhr sich zu einem Diner im Dresdner Hotel vereinigten. Zum Präses der Gesellschaft ist in der letzten Sitzung Graf Heinrich Wodzicki erwählt worden.

* In der Fastenzeit wird wie alljährlich eine Gewinnst-Lotterie zum Besten der unter der Obhut der hiesigen Wohlthätigen Gesellschaft stehenden Armen veranstaltet werden. Der Sammlung der zur Auslosung kommenden Gaben haben sich nachstehende Damen unterzogen: Waleria Badeni geb. Lempicka, Gräfin Helena Hussarzewska geb. Gr. Sierakowska, Helcel geb. Treutler, Katharina Karnicka geb. Górska, Franciszka Kirchmayer geb. Bartel, Gr. Cecilia Małachowska, Gr. Helena Małachowska, Gr. Morsztyn geb. Gr. Karnicka, Gr. Sophie Potocka geb. Gr. Branicka, Gr. Taida Rzewuska geb. Gr Małachowska, Gräfin Ludgarda Stadnicka geb. Gr. Mniszek, Gräfin Florencya Sołtyk geb. Child, Gr. Josephine Skrzyńska geb. Gorajska, Gr. Therese Wodzicka geb. Fürstin Sułkowska, Gr. Sophie Wodzicka geb. Gr. Ryszczewska, Sophie Zbyszewska geb. Żychlińska.

* Einer Mittheilung des Lemberger „Przegląd powszechny" zufolge hat das h. k. k. Statthalterei-Präsidium in Lemberg an sämmtliche k. k. Kreishauptleute mit gleichzeitiger Verständigung der bischöflichen Ordinariate beider Ritus eine Verordnung des Inhalts erlassen, daß während der Amtstage, sowie in den Kirchen und Cerkwien das Landvolk darüber aufzuklären sei, daß die Galizische Deputation in keiner Weise die Wiederherstellung der Robote zum Zwecke hatte und daß dieselbe niemals wiederhergestellt werden kann; daß die Landesregierung in der Anlegung der Nationalkleidung nichts Verwerfliches erblicke, und dieselbe nicht verbiete.

* Nach der „Lemb. Ztg." ist seit der letzten diesfälligen Nachweisung kein neuer Rinderpestausbruch hierlandes vorgekommen und die zu Burdiakowce und Filipkowce Czortkower Kreises bestandene Seuche bereits erloschen. Indem daher gegenwärtig nur noch die Ortschaften Okna Bukowinaer und posit ve Czortkower Kreises als Seuchenorte betrachtet werden, und selbst dort keine Krankenrückstände mehr verbleiben und die allgemeine Kontumaz-Periode schon im Zuge ist, dürften wir bald in die erwünschte Lage kommen, das eingetretene vollkommene Seuchen-Erlöschen im ganzen Lande anzeigen zu können.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Paris, 6. Februar. Schlußkurse: 3perz. 68.25. — 4½perz. 97 65. — Staatsbahn 482. — Cred.-Mobil. 682. — Lomb. 473. — Oesterr. Kred. Akt. fehlt. — Consols mit 91⅞ gemeldet. Haltung fest, aber wenig Geschäft.

London, 5. Februar. Schluß-Consols 91⅝. — Wien —.—. — Lombard. 1¼. Silber fehlt.

Wien, 7. Februar. National-Anlehen zu 5% 76.50 Geld 76.70 Waare. — Neues Anlehen 82.50 G., 82.75 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 61.75 G. 62 25 G. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 727.— G. 728.— W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 163 60 G. 163 80 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. CM. 207. 90 G. 208. — W. — der Galiz.-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. CM. m. 140 (70%) Einz. 168.75 G. 169 50 W. — Wechsel (3 Monate) auf: Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 126.50 G. 126.75 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 147.50 G. 147.75 W. — K. Münzdukaten 6.55 G. 7.— W — Kronen 20.20 G. 20.25 W. — Napoleond'ors 11.85 G. 11.86 W. — Russ. Imperiale 12.16 G. 12.18 W. — Vereinsthaler 2.22 G. 2.23— W. — Silber 148.— G. 148.50 W.

Krakauer Cours am 7. Februar. Silber-Rubel Agio fl. poln. 112 verl., fl. poln. 110 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 316 verlangt, 308 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 67.50 verl., 66 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl 149 verlangt, 147 bez. — Russische Imperials fl. 12.20 verl., 12.— bezahlt. — Napoleond'ors fl. 12 — verlangt, 11.80 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.85 verl., 6.75 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.95 verl., 6.85 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 99 verl., 98 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 90.— verl., 89.25 bez. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 64.50 verlangt, 63.50 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 76.50 verlangt, 75 bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl österr. Währ. 170 verl., 168 bez.

Lotto-Ziehungen vom 6. Februar.

Linz	16	44	22	81	17
Brünn . .	27	72	67	16	12
Ofen . . .	7	46	78	79	4
Triest . . .	72	56	76	7	40

Neueste Nachrichten.

Paris, 7. Februar. Dem heutigen „Moniteur" zufolge ist der Vertrag wegen Abtretung Mentone's und Roccabruna's an Frankreich am 2. d. M. unterzeichnet worden. Dem Fürsten von Monaco, dem nunmehr die gleichnamige Stadt mit ihren 3000 Einwohnern und der Titel eines souveränen Fürsten bleibt, sind nach der „Indep. belge," für diese Abtretungen vier Millionen Francs ausbezahlt worden; dem Vernehmen nach wird Honoré IV. auch zum Senator ernannt werden.

London, 7. Februar. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses vertheidigte Lord John Russell seine Italien betreffende Depesche vom 27. October und sagte u. a., eine europäische Conferenz werde über die Rückkehr der französischen Truppen aus Syrien entscheiden.

Washington, 26. Jänner. Das Arsenal von Georgien hat sich den Staatstruppen ergeben. Die Bevölkerung Charlestons ist mit der Haltung der Regierung unzufrieden. Buchanan schickte nach Sumter und Pickens Verstärkungen. Louisiana hat die Union verlassen.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Mailand, 6. Februar. Die heutige „Perseveranza" berichtet aus Turin vom 5. d.: Hier sowie in Neapel erhalten sich die Gerüchte von Uebergabsverhandlungen Gaeta's.

Es werden 10 Infanterie- und 3 Grenadier-Regimenter neu geschaffen; die alten Bataillone wurden um 2 Kompagnien vermehrt. Vier neue Nationalgardebataillone wurden mobil gemacht, um nach Neapel und Ancona zu gehen.

Die Mitglieder des neuen sicilianischen Ministeriums sind: Graf Amari, Marchese Orlando, Fürst Sant Olia und General Carini.

Die Wahlerfolge in Sicilien sind dem Ministerium sehr günstig; unter den neapolitanischen Deputirten gehören beiläufig 20 der Opposition an, unter den sicilianischen 10. Außer Jacini und Corsi soll auch der Finanzminister austreten.

Rom, 6. Februar. Aus Gaëta wird vom 3. gemeldet: Die piemontesischen Batterien schießen unaufhörlich gegen die Pulvermagazine; jedoch erfolglos. Die Schiffe wagen es nicht, sich zu nähern. Von der Landseite ist kein ernster Angriff vorgekommen. Admiral Persano verweigerte dem sächsischen Gesandten, welcher in Privatangelegenheiten abreisen wollte, das freie Geleite. Cialdini soll an Cavour berichtet haben, die piemontesische Armee sei demoralisirt, die Blokade nutzlos, die Festung gewaltig.

Die „AAZ." enthält folgende telegraphische Depesche: Turin, 5. Febr. Der Ackerbauminister Corsi hat um seine Entlassung nachgesucht. In der Lombardei herrscht große Unzufriedenheit unter den Beamten, weil sie nicht zur bestimmten Zeit ihren Monatsgehalt erhielten. Cialdini und Persano verlangen Verstärkung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

Kundmachung. (2512. 1-3)

Von Seite der hiesigen k. k. Genie-Direction wird hiermit bekannt gemacht, daß wegen Lieferung von 600 Stück neuen, complett beschlagenen Schubkarren

am 19. Februar d. J.

eine Offert-Verhandlung in der k. k. Militär-Bau-Verwaltungskanzlei am Ringplatz Nr. 51, im 2ten Stock, wird abgehalten werden, allwo auch die näheren dießfälligen Bedingungen zu den gewöhnlichen Amtsstunden können eingesehen werden, daher hier nur die wesentlichsten derselben angeführt werden.

1. Die zuliefernden 600 Stück Schubkarren müssen genau nach dem im fortifikatorischen Bauhofe am Castell zu Jedermann's Einsicht vorliegenden Muster aus gehauenem Rotbuchenholze verfertigt, die Felgen aus Weißbuchen, und die Radspeichen so wie die Achse aus jungem Eichenholze gemacht sein, und müssen die Beschläge, aus 2 Radzapfen, 2 Lager, 4 Wellringen, 1 Radreifen, 1 Hauptquerschiene von 2½' Länge und 2 Querschienen zusammen 4' lang, dann aus 4 Taschenbändern bestehend, an Gewicht 9 Pfd. betragen.
2. Muß die ganze Anzahl von 600 Stück Schubkarren längstens bis Ende April 1861 abgestellt sein und hat der Contrahent je 50 Stück fertige Schubkarren in den Bauhof, allwo die Uebernahme derselben stattfindet, schaffen zu lassen.
3. Wird ihm für jede partieweise Ablieferung von wenigstens 50 Stück die allsogleiche Ausbezahlung des hiefür entfallenden Betrages zugesichert.
4. Zur Sicherstellung der eingegangenen Verpflichtungen hat jeder Offerent 100 fl. österr. Währ. als Caution zu erlegen, die den Nichterstehern sogleich, dem Ersteher jedoch erst nach anstandsloser Ablieferung der 600 Stück Schubkarren, wird wieder rückerfolgt werden.
5. Die schriftlichen wohl versiegelten, und mit einer 36 kr. Marke versehenen Offerte müssen am Tage der Verhandlung längstens bis 10 Uhr Vormittags eingebracht werden, und ist in denselben der Preisanbot pr. 1 Stück complett beschlagenen Schubkarren sowohl mit Ziffern als mit Worten bestimmt und deutlich anzugeben.
6. Nachträgliche Offerte werden nicht berücksichtiget.

K. k. Genie-Direction.

Krakau, am 4. Februar 1861.

N. 3943. **Edykt** (2494. 1-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu czyni się wiadomo, że na żądanie Maryanny Furcon z Leśnicy pertraktacyą spadku po Janie Chrobaku w r. 1842 w Leśnicy bez pozostawienia rozporządzenia ostatniéj woli zmarłym, przeprowadza się.

Gdy miejsce pobytu konkurującéj do spadku Agnieszki z Chrobaków Bafiowéj niewiadome jest, wzywa się ją, aby się w przeciągu jednego roku od dnia niżéj wyrażonego licząc do tutejszego Sądu zgłosiła i oświadczenie do spadku złożyła, w przeciwnym bowiem razie spadek z dziedzicami przytomnymi i z kuratorem Janem Skalany z Szlembargu, dla nieobecnéj ustanowionym, pertraktowany będzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Nowytarg, dnia 4. Stycznia 1861.

Nr. 48. **Verlautbarung.** (2463. 3)

Am 21. Februar 1861 wird in der Amtskanzlei der k. k. Domänen-Verwaltung zu Alt-Sandez während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Verpachtung der, der k. k. priv. österr. Nationalbank gehörigen in der Kreisstadt Neu-Sandez gelegenen zwei dreigängigen Mahlmühlen sammt Grundstücken auf die dreijährige Dauer vom 1. März 1861 bis Ende Februar 1864 eine öffentliche Licitation abgehalten werden.

Der Ausrufspreis eines einjährigen Pachtzinses beträgt 1060 fl. 50 kr. österr. Währ.

Pachtlustige werden eingeladen, mit einem 10% Vadium versehen dieser Licitations-Verhandlung beizuwohnen.

Die nähere Pachtbedingnisse können zu jeder Zeit hieramts eingesehen werden.

K. k. Domänen-Verwaltung.

Alt-Sandez, am 23. Jänner 1861

N. 3472. **Edict.** (2495. 1-3)

Vom k. k. Bezirksgerichte Pilzno wird bekannt gemacht, daß über Ansuchen der Kaspar Markel'schen Erben zur Hereinbringung der ihnen mit h. g. Erkenntnisse vom 28. Juni 1859 Z. 485 zuerkannten Forderung pr. 1500 fl. CM. sammt aller rückständigen Zinsen dann Gerichts- und Executions-Kosten, die executive Feilbietung der zur Hypothek für diese Forderung bestellten, auf 6732 fl. 18 kr. ö. W. geschätzten Realität CN. 5 in Pilzno, bestehend aus einem geräumigen gemauerten 1 Stock hohen Hause im Ringplatze selbst, dem dazu gehörigen Bauplatze, dann mehreren gemauerten Nebengebäuden, in 2 Terminen und zwar: am 16. April und 24. Juni l. J. jedesmal um 9 Uhr Vormittags hieramts abgehalten, jedoch Anbote unter dem Schätzungswerthe nicht angenommen werden. Das zu erlegende Vadium beträgt 10% als Ausrufspreis.

Die ausführlicheren Feilbietungs-Bedingnisse, der Schätzungsact und der Grundbuchsauszug sind in der h. ä. Registratur einzusehen.

Für diejenigen Tabulargläubiger, denen der Bescheid aus was immer für einem Grunde nicht zugestellt werden könnte wird als Curator Hrn. Maximilian Wolinski bestellt.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Pilzno, am 5. Jänner 1861.

N. 1590. **Kundmachung.** (2490. 2-3)

Mit dem, zu Folge Verordnung Sr. Excellenz des Herrn k. k. Staatsministers ddto. 5. Jänner l. J. ergangenen Erlasse des hohen k. k. Statthalterei-Präsidiums in Lemberg vom 23. Jänner l. J. Z. 582 präs. ist dem Magistrate aufgetragen worden, die Verzeichnisse über sämmtliche, zur Wahl der Landtags-Abgeordneten berechtigten Gemeindeglieder der k. Hauptstadt Krakau, nach den Grundsätzen des Gemeindegesetzes vom 17ten März 1849 zu verfassen.

In Befolgung dieses h. Auftrags wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die, nach den obgedachten Grundsätzen verfaßten Verzeichnisse der wahlberechtigten Bürger und Angehörigen dieser Hauptstadt, dann der Dorfgemeinden Kawiory Dąbie sammt Beszcz und Głębinów, ferner Grzegórzki sammt Piaski, im Zwecke der Einbringung von Reclamationen, entweder wegen unterlassener Aufnahme in dieselben, oder wegen nicht gehörigen Einreihung, in Folge der unrichtig angesetzten Steuerschuldigkeit, von 6. bis 19. Februar l. J. im IV. Magistrats-Departament (H.-N. 116n. / 125a., Domherrn-Gasse 2ten Stock) öffentlich aufgelegt, und nach Ablauf dieser Reclamationsfrist endgiltig abgeschlossen werden.

Vom Magistrate der k. Hauptstadt.

Krakau, am 5. Februar 1861.

L. 19418. **Edykt.** (2483. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski niniejszem Anielę Słowikową urodzoną Michlik zawiadamia, że Konstanty Michlik kupiec w Broszkowicach dnia 15. Maja 1848 bezpotomnie i bez ostatniéj woli rozporządzenia umarł, a ponieważ Sądowi pobyt Anieli z Michlików Słowikowéj niewiadomy jest, przeto wzywa się, by w ciągu roku od dnia tego edyktu do tutejszego c. k. Sądu tém pewniéj zgłosiła i do spadku oświadczyła się — ile w przeciwnym razie czynność spadkowa z zgłaszającemi się spadkobiercami i kuratorem dla niéj postanowionym p. adwokatem Biesiadeckim prowadzoną będzie.

Kraków, dnia 31. Grudnia 1860.

N. 5274. **Kundmachung.** (2488. 2-3)

Gemäß Eröffnung des k. k. Finanz-Ministeriums vom 6. l. M. Z. 55013/2968 haben Seine k. k. Apostolische Majestät mit der Allerhöchsten Entschließung vom 4. December 1860 die Stempelfreiheit der Zeugnisse, welche im Grunde des §. 2 der Verordnung des Ministeriums des Inneren und des Armee-Ober-Commando's vom 27. April 1857 (R. G. B. Nr. 85) von den Eigenthümern der um Zuchtprämien konkurrirenden Stuten, bezüglich ihres Eigenthumsrechtes beizubringen sind, allergnädigst zu bewilligen geruht.

Was hiemit in Vollziehung der Weisung des hohen Staats-Ministeriums vom 18. Jänner 1861 Z. 905/40 zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, den 24. Jänner 1861.

N. 5274. **Obwieszczenie.**

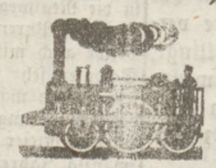
Podług uwiadomienia c. k. ministerstwa skarbu z 6. b. m. do l. 55013/2968 raczył Jego c. k. Apostolska Mość najwyższém postanowieniem z dnia 4. Grudnia 1860 najłaskawiéj przyznać uwolnienie od stępla zaświadczeniom, które na podstawie §. 2go rozporządzenia ministerstwa spraw wewn. i nadkomendy wojskowéj z 27go Kwietnia 1857 (Dz. pr. państwa Nr. 85) ze strony właścicieli klacz, o nagrodę za chów koni ubiegających się do udowodnienia ich prawa własności przedkładane być winny.

Co się niniejszem w wykonaniu polecenia wysokiego ministerstwa z dnia 18. Stycznia 1861 do l. 905/40 podaje do powszechnéj wiadomości.

Od c. k. Namiestnictwa galicyjskiego.

Lwów, dnia 24. Stycznia 1861.

Kundmachung (2473. 3)

der kais. königl.  privil. galizischen

CARL LUDWIG-BAHN.

Die k. k. priv. gal. Carl Ludwig-Bahn beabsichtiget die, für die 13 Meilen lange Bahnstrecke

von Przemyśl nach Lemberg

auf den Stationsplätzen

Medyka, Mościska, Sądowa Wisznia, Gródek, Mszana und **Lemberg** erforderlichen

Wasserstations-Einrichtungs-Gegenstände

im Offertwege hintanzugeben.

Der Bedarfs-Ausweis, die Zeichnungen und Bedingnisse sind im **Central-Bureau der Gesellschaft** Stadt, Heidenschuß, Gebäude der Credit-Anstalt einzusehen.

Unternehmungslustige haben ihre Anbote bis

längstens 18. Februar d. J. 12 Uhr Mittags

mit der Aufschrift:

„Anbot zur Lieferung von Wasserstations-Einrichtungs-Gegenstände"

einzubringen und demselben einen mit den betreffenden Einheitspreisen ausgefüllten Bedarfs-Ausweis beizuschließen.

Wien, am 24. Jänner 1861.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
7	2	328‴ 40	— 3·6	72	Ost schwach	Heiter m. Wolken		—2,1	— 3·8
	10	28 35	— 0·0	98	„ mittel	„			
8	6	28 28	— 1·6	95	„ schwach	„			

Wiener - Börse - Bericht

vom 6. Februar.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
in Oest. W. zu 5% für 100 fl.	58.—	58 2·
aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	76.—	76 10
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	64.75	65.—
dtto. „ 4½% für 100 fl.	54 75	55 25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	108 50	109 —
„ 1854 für 100 fl.	83.50	84.—
„ 1860 für 100 fl.	81.75	82.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	15.50	16 —

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	84 —	85.
von Mähren zu 5% für 100 fl.	86.25	86 ,0
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	85 —	85 50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.	85.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	97.—	9—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88 —	89.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	65 25	66.—
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	63.75	64 50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	62.—	62 50
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	61.25	62 25

Actien.

	Geld	Waare
der Nationalbank . . . pr. St.	722.—	724 —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	162 20	162 30
der Nied.-öst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	584 —	586.—
der Kais.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. CM.	2076 —	20·7.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	287 50	288 50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	186 50	187.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	105 —	105.50
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147 —
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 140 fl. (70%) Einz.	187.—	188 —
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. mit 120 fl. (70%) Einzahlung	167.50	168.—
der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	418 —	420 —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	165.—	185.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C. M.	395 —	400.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	383 —	388.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	101.—	101.50
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	97 —	98.
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	90.50	91 —
der Nationalbank auf österr. Wäh. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	99 50	100.—
der Nationalbank auf österr. Wäh. verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.65	87 —
Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl.	88.—	—.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	112.75	113.—
Donau-Dampfsch.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	97.50	98.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	124.—	126.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	37.50	38 —
Esterhazy zu 40 fl. CM.	89 —	89 50
Salm zu 40 „	35.75	36 25
Palffy zu 40 „	37.25	37.75
Clary zu 40 „	34.25	34.75
St. Genois zu 40 „	35.—	35.50
Windischgrätz zu 20 „	20.25	20.75
Waldstein zu 20 „	24.75	25.25
Keglevich zu 10 „	15.—	15.50

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	127.75	127.50
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 2%	127 90	127.75
Hamburg, für 100 M. B. 2%	113.35	112.75
London, für 10 Pfd. Sterl. 4%	149.70	149.—
Paris, für 100 Franken 3½%	58 90	58.75

Cours der Geldsorten.

	Geld	Waare
Kais. Münz-Dukaten	7 fl. 8— Nkr.	7 fl. 5— Nkr.
„ vollwichtige Duk.	7 fl. 8— „	7 fl. 4— „
Kronen	— fl. —— „	20 fl. 65— „
Napoleonsd'or	12 fl. 10— „	12 fl. ——
Ruff. Imperiale	— fl. —— „	12 fl. 25— „

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 4. November 1860.

Abgang von Krakau

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.
Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh,
Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.
Nach Rzeszów 8, 35 Früh, (Ankunft 11, 51 Mittags), nach Przemyśl 10 Uhr 30 Min. Vormit., 8 Uhr 40 Min. Abends. (Ankunft 6 Uhr Nachm., 6 Uhr 48 M. Früh).
Nach Wieliczka 7 Uhr 20 Min. Früh.

Abgang von Wien

Nach Krakau 7 Uhr Morgens. 8 Uhr 30 Minuten Abends.

Abgang von Ostrau

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Myslowitz

Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

Abgang von Szczakowa

Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 50 M. Abends und 1 Uhr 48 Minuten Mittags.
Nach Trzebinia 7 Uhr 23 M. Mrg., 2 Uhr 22 M. Nachm.

Abgang von Granica

Nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 9 Uhr Vorm., 2 Uhr 6 Min. Nachmitt.

Ankunft in Krakau

Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm., 7 Uhr 45 Min. Abends.
Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends
Von Ostrau und über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abd.
Aus Rzeszów (Abgang 2, 25 Nachm.) 8, 40 Abends, aus Przemyśl (Abgang 8 Uhr 15 Min. Abends. 7 Uhr 25 Min. Morgens) 6 Uhr 15 Min. Früh, 3 Uhr Nachm
Aus Wieliczka 6, 40 Abends

In der Buchdruckerei des „CZAS."

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.